

Antrag

der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Günther Friedrich Nolting, Ulrich Irmer, Ina Albowitz, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZNO)

Der Krisengipfel von Scharm-el-Scheich wie auch die jüngste Gipfelkonferenz der Arabischen Liga in Kairo haben die Übereinstimmung aller Beteiligten gezeigt, dass es zum Frieden in Nahost keine Alternative gibt. Nie zuvor hatten sich so viele internationale Akteure um eine Streitschlichtung im Nahen Osten bemüht wie in Scharm-el-Scheich. Dieses Bemühen zum Frieden muss aufrechterhalten werden und zu neuen Ansätzen für die Konfliktbewältigung in der Region führen. Nicht nur die besondere Rolle der Vereinten Nationen und der Vereinigten Staaten in dieser kritischen Phase, auch das Engagement der Europäischen Union und Russlands zeigen, dass sich die maßgeblichen Kräfte der internationalen Staatengemeinschaft für eine Konfliktlösung einsetzen. Dies ist eine bislang einmalige Chance, die genutzt werden muss.

Der KSZE/OSZE-Prozess hat einen ganz zentralen Beitrag zur Überwindung des Ost-West-Konfliktes und damit zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur europäischen Integration geleistet. Die Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris und die Europäische Sicherheits-Charta haben Grundlagen für das Zusammenleben von Staaten und Völkern in Europa geschaffen, die sich über Jahrzehnte feindlich gegenüberstanden. Auch der Nahe Osten braucht dringend einen derartigen, von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Prozess der regionalen Vertrauensbildung, auf dessen Grundlage eine Sicherheitsarchitektur entworfen werden kann, die das friedliche Zusammenleben von Arabern und Israelis in der Region sicherstellt. Als Land, dessen Geschichte in besonderer Weise vom KSZE/OSZE-Prozess geprägt wurde, sollte Deutschland sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch im Rahmen der Vereinten Nationen hierfür eine Initiative ergreifen. Die von Bundeskanzler Gerhard Schröder für Ende Oktober geplante Nahost-Reise sollte hierfür genutzt werden. Die von vielen Gipfelteilnehmern als besonderer Erfolg für die europäische Außenpolitik gewertete Teilnahme von Javier Solana sollte überdies Anlass für die Übernahme einer verantwortungsvolleren Rolle der Europäischen Union für den Friedensprozess im Nahen Osten im Rahmen der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. ausgehend von dem Erfolgsmodell KSZE/OSZE, mit dem die Spaltung Europas überwunden werden konnte, eine Initiative für eine Internationale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten zu ergreifen (KSZNO), an deren Ende eine belastbare Friedensregelung für die gesamte Region stehen sollte;
2. sich in Absprache mit den Partnern in der Europäischen Union, insbesondere mit der französischen Präsidentschaft, über eine derartige Initiative der EU unter Federführung des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Ziel zu verständigen, sie auf dem bevorstehenden Europäischen Rat von Nizza zu beschließen;
3. dafür Sorge zu tragen, dass auch den Vereinten Nationen und ihrem Generalsekretär, Kofi Annan, eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung einer derartigen KSZNO-Initiative zufällt;
4. sich in diesem Sinne gemeinsam mit den EU-Partnern im Rahmen der gegenwärtig stattfindenden Vollversammlung der Vereinten Nationen für eine Empfehlung des VN-Sicherheitsrates einzusetzen, mit der der Rahmen für einen derartigen KSZNO-Prozess und die in ihm enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen (Abrüstung und Rüstungskontrollverträge, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Frühwarnung etc.) festgelegt werden.

Berlin, den 24. Oktober 2000

Dr. Helmut Haussmann
Günther Friedrich Nolting
Ulrich Irmer
Ina Albowitz
Hildebrecht Braun (Augsburg)
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Gutmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Walter Hirche
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dirk Niebel
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Marita Sehn
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion